Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 10,80, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583; für Nachtgespräche 1580; Geschäftsstelle: Lützow 1903, 3248, 3394.
Postscheckkonto: Berlin 25 432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreise von 1 Mark für die achtgespaltene Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die viergespaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Aufträge sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32.

Nr. 98. [58. Jahrgang.] Mittwoch 26. Februar 1919. Morgen-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 98.

Beratungen des Kabinetts.

Eine Denkschrift des Reichsministers Koeth.

Weimar, 25. Februar.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Das Reichskabinett trat Dienstag nachmittag im Weimarer Schloß zu einer Vollsitzung zusammen, an der auch die Vertreter der größeren Bundesstaaten teilnahmen. Zunächst hielt der Reichsminister des Demobilmachungsamts **Koeth** einen Vortrag über die allgemeine wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der in letzter Zeit hervorgetretenen Symptome bei Arbeitern und Unternehmern. Mit Rücksicht auf die in Aussicht genommenen Maßnahmen der Regierung kündigte er eine Denkschrift an.

Sodann kam als Vertreter Gothas der Abgeordnete **Bock** (Unabh.) zu Wort und sprach den Wunsch aus, daß die Truppen des Generals Maercker aus Gotha zurückgezogen würden. Es kam zu einer Einigung dahingehend, daß für Mittwoch die Beendigung des Generalstreiks zugesagt wurde, worauf die Truppen mit Ausnahme einer kleinen Formation, die zum Schutz des Heeresgutes nötig ist, abziehen werden. Sie werden wohl sofort wieder Beschäftigung finden, denn das Kabinett sah sich heute noch vor die Notwendigkeit gestellt, unverzüglich Maßnahmen gegen die heute in **Halle** und im Saalekreis ausgebrochenen Unruhen zu treffen. Dort haben — wie an anderen Orten — unter Terrorisierung der zur Ruhe geneigten Mehrheit der Bergarbeiter des Halleschen Braunkohlenreviers den Generalstreik erklärt mit der Absicht, die **Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen** und die **Nationalversammlung zu sprengen**. Auch hier sind wiederum weite Kreise der Einwohner der Kohlennot und ihren unabsehbaren Folgen in allerkürzester Zeit ausgesetzt.

Die Krisengerüchte.

WTB. teilt mit:

Von einem Spätnachmittagsblatt, das sich bereits durch die Inszenierung des Brockdorff-Erzberger-Schwindels unangenehm bemerkbar gemacht hat, wird die Nachricht verbreitet, daß bestimmte Mitglieder des Kabinetts, darunter Scheidemann, erwägen, in irgend einer Form das **Rätesystem** in den Verwaltungsapparat einzufügen. Es wird ferner behauptet, daß solch ein Versuch die entschiedenste Gegnerschaft des Zentrums und der Demokraten im Kabinett hervorrufen würde, und daß es infolgedessen zu einer Kabinettskrise kommen könnte. An dieser ganzen Mitteilung ist **kein wahres Wort**. Bemerkenswert aber ist die Leichtfertigkeit, mit der diese völlig falschen Nachrichten in die Welt gesetzt werden, und die Gewissenlosigkeit, mit der hier der nur zu durchsichtige Versuch gemacht wird, die ruhige Arbeit des Kabinetts durch Krisengerüchte zu stören. **Kein Mitglied des Kabinetts** denkt daran oder hat je daran gedacht, das Rätesystem in irgend welcher Form, sei es in die Verfassung, sei es in den Verwaltungsapparat, einzugliedern. Daß im besonderen die Sozialdemokratie es auf das schärfste ablehnt, die Demokratie durch die Diktatur, die notwendig mit dem politischen Rätesystem verbunden ist, zu trüben, dies dürfte hinlänglich jedermann bekannt sein. Die verantwortlichen Stellen haben stets zugestanden, daß die Räteorganisation innerhalb der einzelnen Betriebe als **Vermittlungsinstrument** zwischen diesen und den Gewerkschaften wohl erhalten werden könnte aber stets haben sie ebenso klar zum Ausdruck gebracht, daß außer diesen Betriebsräten von dem ganzen Rätesystem für die deutsche Republik **nichts brauchbar** wäre. Das Kabinett weiß sich in allen hierher gehörenden Fragen **vollständig einig**, und es ist darum völlig sinnlos, durch erfundene Sensation ihm Krisen anzudichten.

Fraktionssitzungen.

Weimar, 25. Februar. (Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.) Der heutige Nachmittag war angefüllt mit Sitzungen der einzelnen Fraktionen, die zu dem Entwurf eines **Verfassungsgesetzes** Stellung nahmen. So tagten die Christliche Volkspartei und die Mehrheits-Sozialdemokratie im Hause der Nationalversammlung. Die Deutschnationale Volkspartei hielt ihre Sitzung im „Hotel Erbprinz" ab, die Demokratische Volkspartei im „Hotel Fürstenhof". Die sämtlichen Sitzungen dauerten bis in die späteren Abendstunden. Die Ergebnisse der Beratungen lassen sich heute noch nicht feststellen. Die Besprechungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Weimar, 25. Februar.

Wie schon gemeldet, ist der deutsch-österreichische Staatssekretär Dr. **Bauer** am Dienstag nachmittag in Weimar eingetroffen. Er hatte mit dem Reichspräsidenten **Ebert** und dem Ministerpräsidenten **Scheidemann** eine lange Besprechung, in der die völlige Einigkeit über die gemeinsamen Ziele festgestellt wurden. Allerdings sind noch große Schwierigkeiten besonders wirtschaftlicher Art zu überwinden. Dr. Bauer wird sich deshalb morgen nach Berlin begeben und dort Besprechungen mit den verschiedenen Reichsämtern haben.

* * *

Die Wiener Blätter schreiben anscheinend offiziös:

Die **Reise Bauers** nach **Weimar** bedeutet den Beginn der **faktischen Anschlußverhandlungen** Deutsch-Oesterreichs mit dem deutschen Reiche. Gedacht ist eine Teilung der Verhandlungsarbeit zwischen den Kommissionen, von denen die erste die **staatsrechtlichen Grundlagen** des Zusammenschlusses festlegen und die übrigen sich mit den **handels-, finanzpolitischen** und sonstigen **wirtschaftlichen Fragen** befassen sollen. Ein sehr wesentlicher Teil der Beratungen wird der Festlegung gewisser **Uebergangsbestimmungen** gelten. Bei den Kommissionsberatungen wird das Material der **Salzburger Verhandlungen** als Grundlage genommen werden. Nach Abschluß der Vorbesprechungen sollen die eigentlichen **Fachberatungen in Berlin** aufgenommen werden. Inzwischen begann auch schon die Fühlungnahme zwischen privaten Interessenten der Industrie und Finanzwelt Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland.

Irland fordert Unabhängigkeit.

Ein irischer Gesandter in Paris.

Paris, 25. Februar. (Reuter.) **Das Sinnfein-Mitglied des Dubliner Parlaments O'Kelly ist hier als „beglaubigter Gesandter der vorläufigen Regierung der irischen Republik" eingetroffen; er sandte den Delegierten auf der Konferenz einen Brief, in dem er Anerkennung der Unabhängigkeit Irlands und Zulassung Irlands zum Völkerbund verlangt.**

* * *

Amsterdam, 25. Februar. „Times" meldet aus **Washington**: Auf der in Philadelphia abgehaltenen irischen Konferenz wurde eine von Kardinal Gibbes eingebrachte Resolution angenommen, in der die Friedenskonferenz aufgefordert wird, auf Irland den Grundsatz der **Selbstbestimmung** anzuwenden. Zwischen England und Irland bestehe ein **Kriegszustand**.

Einstellung der Kohlenausfuhr von England nach Schweden.

Stockholm, 25. Februar. Wie „Allehanda" aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist demnächst die **Einstellung** der gesamten **Kohlenausfuhr** von **England** nach **Schweden** zu erwarten. Der Grund hierzu sei die beunruhigende Lage auf dem Arbeitsmarkt und der drohende **Massenstreik** in den **englischen Bergwerken**.

Amsterdam, 25. Februar. Für den Streik haben 611 998, dagegen 104 997 **englische Bergarbeiter** gestimmt. In London ist eine Konferenz des Internationalen **Seeleuteverbands** eröffnet worden. Holland hat sich geweigert, Vertreter zu entsenden, weil keine Einladung an die Mittelmächte ergangen war.

Windau wieder genommen.

Libau, 25. Februar. Die Pressestelle Libau meldet: **Lettländische Front**: Abendbericht vom 24. Februar: **Ljaskow** wurde mit Artillerieunterstützung von etwa 70 Mann angegriffen, sie wurden durch Infanterie- und Minenwerferfeuer unter Verlusten abgewiesen. Keine eigenen Verluste. Bei Schrunden und Goldingen auf dem östlichen Windauufer Patrouillengefechte. **Windau** wurde heute **genommen**. Nähere Nachrichten stehen noch aus.

Bern, 22. Februar. Das „Litauische Informationsbüro Lausanne" bringt die Nachricht, daß die litauischen Delegierten für die Friedenskonferenz Herr **Gabrys** und Domherr **Olschewski** in Paris vor einer Kommission, die von der Fiedenskonferenz für russische Fragen unter dem Vorsitz von Noulens gebildet wurde, folgende **Wünsche** des litauischen Volkes vorgebracht haben: 1) Litauen beansprucht **vollständige Selbständigkeit**, 2) Litauen verlangt **Anerkennung** seiner Selbständigkeit seitens der alliierten Mächte, 3) Litauen hat den Wunsch, mit allen seinen Nachbarn im **besten Einvernehmen** zu leben.

Gefangennahme des Düsseldorfer Vollzugsrats.

Ein Handstreich radikaler Elemente.

Düsseldorf, 25. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) **Hier ist es zu neuen Unruhen gekommen. Die Düsseldorfer Spartakistenführer hatten dem bereits mitgeteilten Abkommen, nach dem der Düsseldorfer Vollzugsrat auf Betreiben des Essener Arbeiter- und Soldatenrats mit der Annahme der Münsterischen Bedingungen und mit dem Abbruch des Generalstreiks sich einverstanden erklärte, ihre Zustimmung gegeben. Die radikalen Elemente aber, die sich anscheinend zum Teil aus Spartakisten, zum Teil aus Syndikalisten zusammensetzen, nahmen den Beschluß zum Anlaß, den Vollzugsrat zu stürzen und seine Mitglieder gefangen zu setzen. Die revolutionäre Gruppe erklärte das erwähnte Abkommen am Montag Abend für nichtig.**

Auch der aus Unabhängigen und Spartakisten bestehende Arbeiterrat hatte gestern mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Wiederaufnahme des Generalstreiks abzulehnen. Daraufhin ist dieser Arbeiterrat von radikalen Elementen der Spartakisten und Arbeitslosen gestürzt worden. Die Unabhängigen Mitglieder des bisherigen Vollzugsrates sind in sogenannte Sicherheitshaft genommen worden. Der neue Vollzugsrat soll den Generalstreik mit aller Stärke durchführen. Die Empörung der Arbeiterschaft, welche weiter zu unfreiwilligem Feiern gezwungen werden soll, ist ungeheuer.

(Siehe auch Seite 3.)

Wilsons Ankunft in Boston.

Amsterdam, 25. Februar. (Reuter.) Präsident Wilson und seine Angehörigen wurden durch ein Polizeiboot an Land gebracht. Die Polizeibehörde hatte in den Straßen Scharfschützen zur Sicherheit aufgestellt. Ungefähr 20 Frauen, die Suffragettenfahnen trugen, wurden verhaftet. Wilson sagte in seiner **Ansprache**, er sei betroffen durch die Mäßigung derjenigen, die auf der Konferenz ihre nationalen Forderungen auseinandersetzten. Wenn die Konferenz mißglücke, dann sei die Hoffnung der Menschheit auf Frieden vernichtet. Er habe großes Vertrauen in Amerikas Willen in bezug auf den Völkerbund.

Boston, 24. Februar. Der Präsident mit Begleitung fuhr in einem Zollkutter an Land. Der Bürgermeister von Boston hielt an Bord eine Begrüßungsrede. Die Forts gaben mit 21 Schuß den Präsidentengruß. Einer Reutermeldung zufolge verteilte die Polizei **Scharfschützen** auf den Dächern der Straßen, durch die Präsident Wilson kam, um **etwaige Angreifer herauszuschießen**. Von 150 000 Menschen, die sich um Einlaßkarten für die Mechanicshall, in der Wilson um 2 Uhr 30 Min. nachmittag sprach, bewarben, konnten wegen des beschränkten Raumes nur 8000 zugelassen werden. Tausende standen in den Straßen in Erwartung des Präsidenten.

Die Friedenspräliminarien.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Zeitung."

O Paris, 25. Februar.

Es ist nunmehr sicher, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen auch Klauseln territorialer Natur enthalten und damit den Charakter von wirklichen Friedenspräliminarien erhalten werden. Die Mächte sind einmütig entschlossen, jetzt schon die zwischen den Alliierten und Deutschland schwebenden Fragen zu lösen. Die verschiedenen Kommissionen wurden gebeten, ihre Arbeiten nach Kräften zu beschleunigen, um in kürzester Frist zu endgültigen Ergebnissen zu kommen. Immerhin sollen die neuen Bedingungen vor der völligen Genesung Clemenceaus nicht endgültig festgestellt werden.

Im amerikanischen Senat erklärte nach einer Washingtoner Meldung Senator Borah als Führer der Opposition gegen den Völkerbund: England sei in der Liga der Nationen die stärkste Macht und bei weitem stärker als Amerika. Es würde der Hauptnutznießer des Völkerbundes sein, während die Vereinigten Staaten nur sein Garant wären. Eine solche Regelung würde den größten Triumph der britischen Diplomatie seit 3 Jahrhunderten bedeuten. Die Anhänger Wilsons, die sich der tatkräftigen Unterstützung des Expräsidenten Taft erfreuen, erklären demgegenüber, der Völkerbund werde statt die Stellung Amerikas anzutasten, vielmehr die praktische Bedeutung der Monroe-Doctrin noch erweitern.

* * *

A. Zürich, 25. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die heute eingetroffenen **Pariser Blätter** lassen mit aller Deutlichkeit, wie sie bisher nicht verzeichnet war, erkennen, welche völlige **Verwirrung** in den **Arbeiten der Pariser Konferenz** eingetreten ist. Bekanntlich hatte Havas vor kurzem eine Note verbreitet, wonach die Konferenz, um den **Abschluß des Vorfriedens** zu beschleunigen, beschlossen hat, auch die wichtigen politischen und territorialen Fragen bereits durch den endgültigen Waffenstillstandsvertrag festzulegen. Das genaue **Gegenteil** hiervon kann man heute in den ebenfalls offiziösen Auslassungen des „**Temps**" erkennen. Das Blatt führt aus, daß zwar über die anzunehmenden Grundsätze auf der Konferenz Einigkeit erzielt worden sei, daß aber hinsichtlich der **Einzelheiten** in Bezug auf die territorialen und finanziellen Probleme noch weitgehende **Meinungsverschiedenheiten** bestünden. Die Ausschüsse für **Gebietsfragen** und für die Frage der **Wiedergutmachungen** seien noch **weit entfernt** von einem Abschluß ihrer Arbeiten, der frühestens in der **zweiten Hälfte des März** erwartet werden könnte. Infolge dieser Sachlage scheine die Konferenz wieder zu der Ansicht zurückzukehren, daß es doch besser sei, Deutschland vorläufig den **Waffenstillstand** unter **rein militärischen Gesichtspunkten** aufzuzwingen und alle anderen Fragen dem eigentlichen Vorfrieden vorzubehalten. Jedenfalls sei es möglich, mit dem bisherigen System der Provisorien weiterzuarbeiten, weil dadurch die öffentliche Meinung in allen Ententestaaten dauernd in Erregung gehalten würde.

Auch das „**Journal**" hat ähnliche Informationen erhalten und erklärt, es sei unbegreiflich, daß die Konferenz solange gebraucht habe, um endlich zu der Ansicht zu gelangen, daß mit den ewigen Provisorien nicht durchzukommen sei. Die **Ententeregierungen** trieben einen sträflichen **Mißbrauch** mit der Energie ihrer Völker, und wenn eine neue Anstrengung notwendig werden sollte, um Deutschland endgültig schachmatt zu setzen, so werde es immerhin fraglich sein, ob diese Energie noch aufzutreiben wäre. Unter anderem Gesichtspunkt übt auch die „**Humanité**" die **schärfste Kritik** an der Konferenz. Die Einigkeit der Alliierten sei durchaus nicht so festgefügt, daß sie ewig Bestand haben würde. Die **Politik** aber, die die **Entente** gegenüber den **Revolutionen** in Rußland, Deutschland, Deutsch-Oesterreich und Ungarn verfolge, könne im gegebenen Augenblick dazu führen, daß alle diese Völker sich **gegen die Entente vereinigten** und damit die militärische Ueberlegenheit der Alliierten zunichte machten. Schon aus diesem Grunde müßten die Sozialdemokraten fest hinter Wilson stehen und dafür sorgen, daß ein **gerechter Frieden** geschlossen werde, der neue Kriege unmöglich mache.

Amsterdam, 25. Februar. Die „Times" berichtet daß alle Kommissionen im Zusammenhang mit den Friedensbesprechungen, ausgenommen diejenigen, die erst Mitte Februar zusammengestellt wurden, den Auftrag erhalten haben, ihre Berichte nicht später als bis zum 8. **März** fertig zu stellen, um das **Zustandebringen des Friedens zu beschleunigen**.

Der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Deutschland.

-l. **Frankfurt a. M.**, 25. Februar (Eigene Drahtmeldung.) Der „Eclair" stellt fest, daß der französische Generalstab bis zum Abschluß des Waffenstillstandes von den Deutschen den **Abtransport** von 470 000 **Kriegsgefangenen** gefordert hätte, während in Wirklichkeit von Deutschland 550 442 zurückgeschickt worden sind.

Die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Weimar, 25. Februar.

5. Oktober 1918 — 25. Februar 1919, zwei Marksteine von weltgeschichtlicher Bedeutung. Am 5. Oktober 1918, in jener düsteren Tagung des Reichstages, die allen Beteiligten ewig unvergeßlich sein wird, erkannte Deutschland zum erstenmal während des Weltkrieges unsere wirkliche militärische und politische Lage. Sie betrog seine auf trügerischem Grunde gewachsene Hoffnung des immer wieder versprochenen günstigen Ausganges des Krieges. Mit dem heutigen 25. Februar 1919, der den Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr in erster und zweiter Lesung erledigt hat, rückt das Verschwinden der alten kaiserlichen Armee, das mit der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes in dritter Lesung zusammenhängt, in unmittelbare Nähe. Mit der alten Armee verschwindet das letzte Fundament des alten Machtstaates. Wir stehen an ihrer Bahre mit tiefem Schmerze darüber, daß sie nach Ruhmestaten ohnegleichen so endigen mußte, diese Armee, die — zu Lande — bis zum letzten bitteren Ende überall ihre Schuldigkeit in hervorragendem Maße getan hat. Nach übermenschlichen Anstrengungen, deren Größe erst die Nachwelt hinreichend würdigen wird, tritt die deutsche Armee nach dem Beschluß der aus einer Wahl des ganzen Volkes hervorgegangenen Nationalversammlung nunmehr von der Weltbühne ab, um hinfort nur in der Erinnerung weiter zu leben.

Der tiefen Tragik dieses Geschehens wurde die gestrige Sitzung in ihrem Gesamtverlaufe nur bedingt gerecht. Im Vordergrunde der Verhandlung stand der Gesichtspunkt, daß es geboten sei, so schnell wie irgend möglich den eingebrachten Gesetzentwurf durchzuberaten, damit endlich wieder Ordnung und Sicherheit in Deutschland zurückkehren. Diesem Grundsatze äußerster Dringlichkeit entsprach es wenig, wenn eine Partei des Hauses in letzter Stunde immer noch neue Anträge einbrachte und nochmalige Verweisung an die Kommission beantragte und somit alles darauf einstellte, den schnellen Abschluß des Werkes in Frage zu stellen. Nur der in den Hauptfragen einmütigen Geschlossenheit des Hauses ist es zu verdanken, daß die erste und zweite Lesung des Entwurfes noch im Laufe des gestrigen Vormittags erledigt werden konnte. Auf die Einzelheiten der neuen Reichswehr einzugehen, ist jetzt nicht an der Zeit. Man könnte die Frage aufwerfen, ob es nicht möglich und besser gewesen wäre, den Grundbau der alten Armee zu belassen und nur zeitgemäße Reformen einzuführen, ein Gedanke, der nicht nur vom sentimentalen Standpunkte aus, sondern auch aus praktischen Gründen manches für sich hat. Wir sind trotzdem der Meinung, daß nach den Vorkommnissen der vergangenen Monate auch der letzte Rest der alten Armee erst einmal von Grund aus abgetragen werden mußte, um einen **völligen Neubau** Platz zu machen. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß bewährte Grundeinrichtungen der alten Armee auch in der neuen Reichswehr wieder ihren Platz finden werden, daß insbesondere militärische Anstalten und unsere aus einer langen Kriegserfahrung erwachsenen Grundsätze der Erziehung und Ausbildung weiter erhalten und gepflegt werden müssen. Das einst so waffenfrohe und von der ganzen Welt unbestritten als vorbildlich tüchtig betrachtete deutsche Volk wird auch mit seiner neuen Reichswehr nicht zu kümmerlichem, hilflosem Anfängertum herabsinken. Aber die zum großen Teil verwahrlosten und entarteten Ueberreste der demobil gemachten Armee müssen erst einmal gänzlich verschwinden, die auf ungeregelter Werbung beruhenden Freikorps organisatorisch vereinheitlicht und von maßgebender Stelle zusammengetan werden. Erst dann wird die neue Reichswehr zu dem werden, was wir erhoffen: zu einem sicheren Schutz gegen Angriffe von außen und zu einer festen Grundlage für die Zucht und Ordnung im Innern.

So scheiden wir bewegten Herzens von der alten Armee, eingedenk dessen, was sie für Deutschlands Größe geleistet hat, und voll Zuversicht, daß auch unter den neuen Verhältnissen deutscher Mannessinn und deutsche Wehrhaftigkeit weiter wirken werden, Deutschland zum Heil. Nicht rückwärts richten wir die Blicke, sondern vorwärts im unverwüstlichen Glauben an eine trotz aller Kümmernisse der Gegenwart glückliche deutsche Zukunft.

Oberst Schwertfeger.

*

(Ausführlicher Bericht siehe im Beiblatt.)

Für eine Beschleunigung des Friedensschlusses.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 25. Februar.

„Beschleunigte Herbeiführung des Friedens", so tönt es seit kurzem aus allen Lagern der Entente. Seit dem Anschlag auf Clemenceau scheint sich der Ruf noch verstärkt zu haben. Großen Eindruck übt auf England zweifellos auch die **Atmosphäre in Washington**, die der Völkerbundidee nichts weniger als freundlich gesinnt ist und von einer lauten Kritik über den langsamen Gang der Friedensverhandlungen und infolgedessen des Aufschubes der Demobilisation widerhallt. Unter der Ueberschrift „Sie wollen einen rascheren Frieden" und „Die amerikanische Ungeduld" gibt die „Times" vom 22. Februar ein Kabeltelegramm ihres Washingtoner Korrespondenten wieder, in dem es heißt:

„Das bei weitem hervorstechendste Ereignis der Senatsdebatte vom 20. war der stürmische Applaus von den Galerien her, als der Senator **Reeds**, Demokrat von Missouri, erklärte, daß die **Regierung der Vereinigten Staaten sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und dafür sorgen solle, daß die amerikanischen Truppen nach Hause kämen**, anstatt ihre Zeit mit Völkerbundstatuten und mit **Redereien** über künftige Kulturfragen zu vergeuden. Die Galerien waren übervoll, darunter viele verwundete Soldaten, die händeklatschend Beifall jubelten."

Senator **Poindexter widersprach** in dreistündiger Rede dem **Völkerbundsstatut**, wodurch Amerikas Wohlfahrt von der Majorität fremder Nationen abhängig werde. **Reeds** verlas den Brief eines Offiziers aus Brest.